

Workshop

„Angehörige der deutschen Minderheiten im besetzten Osteuropa und ihre Beteiligung an NS-Verbrechen: Täterschaft und juristische Aufarbeitung“

Veranstalter: Nordost-Institut (IKGN e.V.) & Forschungsstelle für Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland (Universität Heidelberg)

Veranstaltungsort: Nordost-Institut, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, Deutschland.

Vom – bis: 9.-11.12.2026

Nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 kam es zu Massendeportationen der deutschstämmigen Bevölkerung. Diese begannen auf der Krim, setzten sich in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen fort und weiteten sich auf alle Gebiete im europäischen Teil der Sowjetunion aus. Die unter deutscher Besatzungsherrschaft verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit, die mit der Wehrmacht 1943-1944 evakuiert worden waren, wurden nach dem Krieg in die Sowjetunion zwangsrepatriert. Die Zwangsumsiedlungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg stellen das dramatischste Ereignis in der Geschichte der deutschen Bevölkerung in der UdSSR dar und führte zum Verschwinden ganzer traditioneller Siedlungsgebiete sowie zu zahlreichen Opfern. Deportationen, Zwangsarbeit in der Arbeitsarmee (*trudarmija*), Vertreibungen und andere Formen staatlicher Repression und Verfolgung sind bis heute der zentrale Bezugspunkt der Erinnerungskultur der Deutschen in bzw. aus der ehemaligen UdSSR.

Die Organisatoren des Workshops beabsichtigen, sich einer weniger erforschten Seite der 85 Jahre zurückliegenden Vergangenheit der deutschen Minderheiten zuzuwenden, nämlich ihrer teils aktiven Kollaboration mit dem NS-Regime, der Beteiligung an den Massenverbrechen der Nazis sowie der Geschichte der deutschen, sowjetischen und westlichen Nachkriegsjustiz.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die deutschen Minderheiten in den Ländern Ost- und Südosteuropas zu einem der wichtigsten Instrumente der NS-Volkstumspolitik; als „arische“ Siedler sollten sie zum Eckpfeiler der rassistischen nationalsozialistischen „Neuen Ordnung“ werden. Die Umsiedlungen der Jahre 1939–1940 unter dem Motto „Heim ins Reich!“ wurden im Rahmen der Germanisierungspolitik der eroberten Gebiete konzipiert und durchgeführt und standen in engem Zusammenhang mit den Deportationen der Zivilbevölkerung und insbesondere der Juden. Dies konnte insbesondere für die Umsiedlungen in den sogenannten Warthegau gezeigt werden. Im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen zeichneten sich die ethnischen Deutschen in den besetzten sowjetischen Gebieten durch ihren privilegierten Status aus, unterlagen jedoch gleichzeitig einer strengen Kontrolle, intensiver Indoktrination und Selektion (Andrej Angrick, Isabel Heinemann, Susanne Schlechter).

Die deutschen Minderheiten in Osteuropa waren sehr heterogen, und auch NS-Besatzungsregime in einzelnen Ländern bzw. besetzten Gebieten unterschieden sich oft deutlich, was eine vergleichende Betrachtung über regionale bzw. staatliche Grenzen hinweg erforderlich macht. Mit Blick auf die große Vielfalt der Lebenswege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellt sich für uns die Frage nach den Hintergründen und persönlichen Lebenserfahrungen, die zur Radikalisierung beitrugen, die Kollaborationsbereitschaft förderten und Täterschaft ermöglichten. So kehrten zum Beispiel einige Deutsche – wie der wahrscheinlich bekannteste russlanddeutsche Täter Walter Kehrler oder der wenig bekannte deutschsprachige Mennonit Heinrich Wiens im Sommer 1941 in die Sowjetunion zurück, nachdem sie Ende 1920er Jahre –

Anfang der 1930er Jahre die UdSSR verlassen und mehrere Jahre in Deutschland verbracht hatten. Beide waren als Angehörige der Einsatzgruppe D für Massenverbrechen verantwortlich. Neben diesen und anderen individuellen Fallbeispielen betrachtet die Forschung auch größere Täterkollektive an den Orten, an denen die „volksdeutsche“ Bevölkerung erstmals durch die deutsche Besatzung mit den Nationalsozialisten in Kontakt kam. Die Einheiten des sog. Volksdeutschen Selbstschutzes in Polen sind in vielerlei Hinsicht Prototypen für die Wachmannschaften in den Lagern der „Aktion Reinhardt“ im Lubliner Distrikt geworden, zu denen russlanddeutsche sowjetische Kriegsgefangene von den deutschen Besatzern als Trawniki-Männer rekrutiert wurden. Im Dezember 1941 beteiligten sich auf dem Gebiet des sogenannten Transnistriens, das zu einer Art „Laboratorium“ für die Politik des Nazi-Regimes gegenüber den Volksdeutschen geworden war (Eric Steinhart), eine Gruppe der dort ansässigen Deutschen aktiv an den Massenerschießungen von Zehntausenden Juden aus Odessa und den angrenzenden Gebieten. Sollten die sowjetischen und rumänischen Opferzahlen stimmen, waren die Einheiten des volksdeutschen Selbstschutzes in dieser Region eine der effizientesten lokalen Tätergruppen. Das letztgenannte Beispiel stellt vermutlich eine extreme Ausnahme dar. Doch auch in anderen traditionellen Siedlungsgebieten und darüber hinaus wurden viele lokale Deutsche für die Arbeit in zivilen Verwaltungsorganen herangezogen; als Übersetzer und technisches Personal dienten sie in der Wehrmacht, den Einsatzkommandos sowie in der Sicherheitspolizei. In dieser Rolle wurden sie oft zu Zeugen und manchmal auch zu Mittätern der Verbrechen der Besatzer.

Im Workshop berücksichtigt werden zudem neue Untersuchungen zu den sowjetischen Gerichtsprozessen gegen einheimische Kriegsverbrecher. Auch hier gab es eine zweite Verfahrenswelle in den 1960er Jahren, bei der oft deutschstämmige Täter auf der Anklagebank saßen. In den 1980er/1990er Jahren wiederholte sich dieses Phänomen – nun aber in der Bundesrepublik. Noch vor den Veränderungen im Hinblick auf die Beihilfe-Rechtsprechung in den KZ-Prozessen seit den 2000er Jahren zeigte sich hier der Wandel der Rechtsprechung, als niederrangige, einfache Täter verurteilt wurden.

Im Rahmen des Workshops wird es angestrebt, über die Grenzen der besetzten Ukraine bzw. der Sowjetunion hinauszugehen und die Formen der aktiven Zusammenarbeit der lokalen Deutschen mit dem Besatzungsregime überregional zu analysieren. Daneben soll auch die Organisation der Ermittlung und Strafverfolgung von Nazi-Kollaborateuren und Kriegsverbrechern aus den Reihen der ‚Volksdeutschen‘ nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen Ländern Osteuropas und in den deutschen Staaten vergleichend herangezogen werden. Geografisch stehen die besetzten Gebiete der Sowjetunion und Polens im Mittelpunkt des Interesses, doch nicht weniger interessant sind die Länder Südosteuropas und des Baltikums, die eine Erweiterung der Perspektive und die Anstellung von Vergleichen ermöglichen.

Der Workshop möchte ein Zwischenfazit der Forschungsarbeit der letzten Jahre an der Schnittstelle zwischen Holocaust-Forschung, der Geschichte der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa und der Nachkriegsjustiz ziehen. Daher sollen auch neueste Erkenntnisse aus diesen Bereichen thematisiert werden, die alle oder andere Kollaborateursgruppen betreffen. Unser Interesse gilt gleichermaßen einer Einordnung und einer systematischen vergleichenden Darstellung dessen, was zum Thema bereits bekannt ist sowie auch neuen Fallstudien, die den bisherigen Kenntnisstand erweitern oder präzisieren.

Mögliche Schwerpunktsetzungen aus der Ereignis- und Nachgeschichte des Nationalsozialismus sind:

- Darstellung der Formen aktiver Kollaboration und deren institutioneller Aspekt;

- Täterschaft in einzelnen regionalen Gruppen der Volksdeutschen (hier regionale Besonderheiten, Biografien, Antisemitismus, Kollaborationsbereitschaft und Beteiligung an Judenmord und Vernichtungspolitik)
- Handlungsspielräume und agency; Geschlechterrollen
- Täterschaft und Gemeinschaft / Gemeinde (Ausschluss & Integration der Täter / Tätergruppen, Vergleich der volksdeutschen und nicht deutschen Kollaborateuren)
- lokale / regionale/ nationale Strafverfahren und Verfahren der „zweiten Welle“ im In- und Ausland;
- Unterschiede in der Nachkriegszeit: Flucht und Ankommen in neuen Gesellschaften/Staaten oder Verbleiben in der Heimat
- methodischer Umgang mit Quellen der Nachkriegsjustiz

Die Veranstalter übernehmen die Reisekosten sowie die Kosten für Unterbringung und Verpflegung.

Arbeitssprachen sind Deutsch und Englisch.

Themenvorschläge mit einer Kurzbeschreibung (max. 500 Wörter) in deutscher oder englischer Sprache erbitten wir bis zum 15. Juli an: jasmin.soehner@zegk.uni-heidelberg.de. Die BewerberInnen erhalten bis zum 30. Juli 2026 eine Benachrichtigung.

Kontaktdaten

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Jasmin Söhner (jasmin.soehner@zegk.uni-heidelberg.de) und Dmytro Myeshkov (d.myeshkov@ikgn.de).

Workshop

“Perpetrators among Ethnic German minorities in German-occupied Eastern Europe: complicity in Nazi crimes and legal accountability”

Organizer: Nordost-Institut (IKGN e.V.) & Research Center for the History and Culture of Germans in Russia (University Heidelberg)

Venue: Nordost-Institut, Lindenstr. 31, 21335 Lüneburg, Germany.

Dates: December 9–11, 2026

Following Nazi Germany’s attack on the USSR on 22 June 1941, mass deportations of the ethnic German population began. These started in Crimea, continued in the Volga German Autonomous Soviet Socialist Republic, and spread to all Soviet territories. Many Members of the ethnic German minority who remained under German occupation and had been evacuated with the Wehrmacht in 1943–1944 were forcibly repatriated to the Soviet Union after the war. This period of forced [reverse-] resettlements represents the most dramatic event in the history of the German population in the USSR and led to the disappearance of entire traditional settlement areas as well as to massive internal displacement, injuries, deaths, and shattered families. Deportations, forced labor in the Soviet labor army (*trudarmii*), and other forms of state persecution remain to this day the central focal point of the culture of remembrance among Germans in and from the former USSR.

The workshop organizers intend to examine a less-studied aspect of the 85-year history of German minorities, namely their sometimes voluntary collaboration with the Nazi regime, their involvement in Nazi mass crimes, and the history of German, Soviet, and Western postwar justice.

With the outbreak of World War II, German minorities in the countries of eastern and southeastern Europe became the most important [subject] instrument of Nazi ethnic and nationality policy; as “Aryan” settlers, they were to become the cornerstone of the racist National Socialist “New Order.” The resettlements of 1939–1940, carried out under the slogan “Home to the Reich!”, were conceived and implemented as part of the policy of Germanization of the conquered territories and were closely linked to the deportations of the civilian population, particularly the Jews. This has been demonstrated in particular with regard to the resettlements in the so-called Warthegau. Compared to other population groups, ethnic Germans in the occupied Soviet territories were distinguished by their privileged status, yet at the same time were subject to strict control, intensive indoctrination, and [racial screening and] selection (Andrej Angrick, Isabel Heinemann, Susanne Schlechter).

The German minorities in eastern Europe were highly diverse, just as German occupation regimes in occupied territories often differed significantly. This necessitates an analysis that transcends regional or national borders. Given the wide variety of life experiences in the first half of the 20th century, we consider underlying factors and personal experiences contributing to radicalization, encouraged collaboration, and made it possible for people to become perpetrators. For example,

some—such as Walter Kehrler, likely the best-known Russian-German perpetrator, or the little-known Mennonite Heinrich Wiens—returned to the Soviet Union in the summer of 1941 after having left the USSR in the late 1920s and early 1930s and spending several years in Germany. Both were responsible for mass crimes as members of Einsatzgruppe D. In addition to these and other individual case studies, research focuses on the larger groups of perpetrators in the areas where the “ethnic German” population first came into contact with the Nazis through German occupation. The units of the so-called *Volksdeutscher Selbstschutz* (Ethnic German Self-Defense) in Poland became, in many respects, prototypes for the guard units in „Aktion Reinhardt“ concentration camps in the Lublin region, into which Russian-German Soviet prisoners of war were recruited by the German occupiers as Trawniki men. In December 1941, in the region known as Transnistria—which had become a sort of “laboratory” for the Nazi regime’s policies toward ethnic Germans (Eric Steinhart)—a group of local Germans participated in the mass shootings of tens of thousands of Jews from Odesa and the surrounding areas. If the Soviet and Romanian casualty figures are accurate, the units of the *Volksdeutscher Selbstschutz* () in this region were among the most efficient local perpetrator groups. The latter example likely represents an extreme exception. However, in other areas of traditional ethnic German settlement and beyond, many *Volksdeutsche* were also recruited to work in civilian occupation administrative bodies; they served as translators and technical staff in the Wehrmacht, the Einsatzkommandos, and the security police. In these roles, they often became witnesses to—and sometimes also accomplices in—the crimes committed by the occupying forces.

The workshop will also examine new research on Soviet trials of local war criminals. Here, too, there was a second wave of trials in the 1960s, in which perpetrators of German descent often sat in the dock. This phenomenon recurred in the 1980s and 1990s—but this time in the Federal Republic of Germany. Even before the changes in the jurisprudence regarding accessory liability in the concentration camp trials since the 2000s, a shift in legal practice was evident here, as low-ranking, “ordinary” perpetrators were convicted.

The workshop aims to look beyond the borders of occupied Ukraine and the Soviet Union to analyze, on a transregional level, the forms of collaboration between local Germans and the occupying regime. In addition, the workshop will conduct a comparative analysis of how the investigation and prosecution of Nazi collaborators and war criminals from among the “ethnic Germans” were organized after World War II in various eastern European countries and in the German states. Geographically, the focus is on the occupied territories of the Soviet Union and Poland, but the countries of southeast Europe and the Baltic region are no less interesting, as they allow for a broader perspective and the drawing of comparisons.

The workshop aims to provide an interim assessment of the research conducted in recent years at the intersection of Holocaust studies, the history of German minorities in East Central Europe, and postwar justice. To this end, the workshop will also address the latest findings from these fields that pertain to all or specific groups of collaborators. We are equally interested in both a classification and a systematic comparative presentation of what is already known on the subject, as well as new case studies that expand or refine the current state of knowledge.

Possible areas of focus drawn from the history of the Nazi era and its aftermath include:

- An examination of the forms of administrative collaboration and perpetration active collaboration and their institutional aspects;

- Perpetrators within specific regional groups of Volksdeutsche (including regional characteristics, biographies, anti-Semitism, willingness to collaborate, and participation in the murder of Jews and the policy of extermination)
- Scope for action and agency; gender roles
- Perpetrators and community / municipality (exclusion & integration of perpetrators / groups of perpetrators, comparison of Volksdeutsche and non-German collaborators)
- Local / regional / national criminal proceedings and “second wave” trials in Germany and abroad;
- Differences in the postwar period: fleeing and settling in new societies/states or remaining in one’s homeland
- methodological approach to sources from different postwar judicial systems

The organizers will cover travel expenses as well as costs for accommodation and meals.

The working languages are German and English.

Please submit topic proposals with a brief description (max. 500 words) in German or English by July 15 to: jasmin.soehner@zegk.uni-heidelberg.de. Applicants will be notified by July 30, 2026.

Contact Information

If you have any questions, please contact Jasmin Söhner (jasmin.soehner@zegk.uni-heidelberg.de) and Dmytro Myeshkov (d.myeshkov@ikgn.de).